

# Solidarität



**Umfrage:** Prominente aus Kunst, Kultur, Wirtschaft und Sport zum Thema Sozialstaat **Seiten 2/3**



**Reportage:** Wie alle Betroffenen von der Kurzarbeit profitieren können **Seite 5**

**Kommentar:** OGB-Vorsitzender Rudolf Kaske über den Wert öffentlicher Dienstleistungen **Seite 12**

## Sozialstaat. Umbauen. Ausbauen.

Seiten 2, 3, 4, 12



© Martina Komod-Murphy

[www.oegb.at](http://www.oegb.at)

**„Hol dir dein Geld zurück!“**

ArbeitnehmerInnen schenken der Finanzministerin jährlich Millionen. Wie man sich das Geld zurückholt, erfahren Sie hier!

Montag, 26. März 2012, 18.00 Uhr (mit Übersetzung auf Türkisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch)  
Dienstag, 27. März 2012, 18.00 Uhr  
Anmeldung unter [servicecenter@oegb.at](mailto:servicecenter@oegb.at) oder 01/534 44-39100 erforderlich.  
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

**OGB SERVICECENTER**

[www.oegb.at](http://www.oegb.at)



editorial

Der kann das.

„Der Sozialstaat ist nur für die Armen, Kranken, Arbeitslosen und Alten, ich brauch den nicht“ – so sehen es viele auf den ersten Blick. Dass es aber um weit mehr geht, als um einen Suppenküchenstaat, das wollen ÖGB und Gewerkschaften mit ihrem Schwerpunkt SOZIALSTAAT FAIRBESSERN deutlich machen. Stinkende Müllberge wie in Neapel? Der Sozialstaat räumt sie weg. Ungenießbares Trinkwasser aus den Leitungen wie in vielen südeuropäischen Städten – der Sozialstaat macht's genießbar. Gebrochene Knochen durch den Skiunfall – der Sozialstaat macht sie gerade. Und treibt man es auf die Spitze, dann ist auch der Betrieb der Wiener Staatsoper, der Salzburger Festspiele und anderer kultureller Institutionen dem Sozialstaat zu danken – die staatliche Kulturförderung macht's möglich. Bevor man also zu schnell in den Chor derer einstimmt, die meinen, der Sozialstaat wäre zu teuer, das Pensions- und Gesundheitssystem ein Fass ohne Boden, und dass alles müsse zurückgestutzt werden, sollte man darüber nachdenken, was der Sozialstaat alles leistet. Für die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, die Gesellschaft insgesamt. Für jede und jeden von uns.

Impressum:

**Herausgeber:** Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerei:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegel. **AutorInnen:** Florian Kräfteiner, Amela Muratorić, Helke Hausensteiner, Katja Dämmich, Christian Resel, Sabrina Kainrad, Rudolf Kaske, Michaela Hubwieser, Bettina Lindhold. **Layout/Grafik/Bildredaktion:** Walter Schauer. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soliebbrandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/ 534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at WWW: http://www.oegb.at/soli

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 57649352  
DVR-Nr. 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE InDesign CS erstellt.

Sparpaket: 28 Milliarden fürs Budget

# Nicht in Stein gemeißelt

Budgetsanierung: Prinzipiell notwendig, aber unnötige Härten müssen noch entfernt werden.

**Das Sparpaket kommt**, es umfasst fast 28 Milliarden Euro. Der ÖGB hat nie infrage gestellt, dass Schuldenstand und Neuverschuldung abgebaut werden müssen. Einzelne Maßnahmen haben ÖGB, Gewerkschaften und AK jedoch heftig kritisiert – im Zuge der kurzen Begutachtung (siehe Kasten) wurde aber noch einiges ausgeblüht.

**Junge bekommen Chance**

„In einem wichtigen Punkt wurden die Bedenken des ÖGB berücksichtigt, die Altersteilzeit bleibt, auch in der Blockvariante“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. Damit wird auch künftig ein gleitender Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand möglich sein. Wegen der verpflichtenden Einstellung einer Ersatzkraft bekommen so außerdem junge Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Ursprünglich war vorgesehen, nur mehr ein Altersteilzeitmodell anzuwenden, nämlich die kontinuierliche Reduktion der wöchentlichen Arbeitsstunden. Das Blockmodell hätte abgeschafft werden sollen. „Das hätte so gut wie alle SchichtarbeiterInnen, aber



© waldhaus/waldhaus/frenz

auch Montage- und Außendienstbeschäftigte von der Altersteilzeit ausgeschlossen, weil in diesen Bereichen kontinuierliche Arbeitszeitreduktion praktisch nicht möglich ist. Für diese Menschen ist es ganz wesentlich, dass die Regierung hier eingelenkt hat“, sagt Foglar.

**Reiche sollen zahlen**

Erfreulich am Paket ist aus Sicht des ÖGB, dass Mehrwert- und Mineralölsteuer nicht erhöht und stattdessen ungerechtfertigte Privilegien der Landwirtschaft bei der Mineralölsteuer reduziert werden.

Auch die Einführung der Immobiliensteuer ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Anstelle der Halbierung der Bausparprämien hätte der ÖGB sich allerdings faire Beiträge der Vermögenden durch Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer gewünscht.

**Weiter Druck machen**

Dass es noch Änderungen zu den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwürfen gab, wertet der ÖGB als positives Zeichen. „Das zeigt uns, dass das Paket nicht in Stein gemeißelt war und ist“,

so Präsident Foglar. „Wir werden weiterhin Druck machen, dass unnötige Härten entfernt werden. Zum Beispiel sind wir der Ansicht, dass die Leistungsver schlechterungen im Pensionsrecht nicht notwendig sind, und auch für Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern werden wir uns weiterhin einsetzen.“

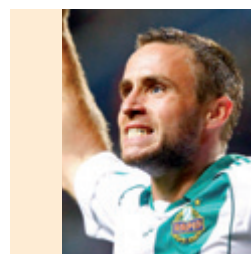
ZU VIEL TEMPO

Der ÖGB kritisiert, dass die Begutachtungsfrist für die zahlreichen Gesetze, aus denen das Stabilitätspaket besteht, extrem kurz bemessen war: Gerade einmal ein paar Tage hatten die Expertinnen und Experten Zeit, um die Gesetzesvorschläge auf ihre Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen zu prüfen und Änderungen zu formulieren. Ende März sollen die Beschlüsse im Plenum des Nationalrats folgen. In Kraft treten werden die 98 Gesetze, aus denen das Paket besteht, teilweise im April, teilweise im Mai 2012.

Umfrage: Was ist der Sozialstaat

## „Ein Leben in Würde“

Prominente Meinungen zum Thema Sozialstaat.



© SK Rapid

„Sozialstaat garantiert jedem Bürger eine Grund-sicherheit. Er sollte auch dafür stehen, dass alle die gleichen Chancen vorfinden und das Prinzip ‚Fairness und Respekt‘, das uns im Fußball wichtig ist, auch im täglichen Leben garantiert ist.“

Steffen Hofmann  
Fußballer

Der Sozialstaat hat Österreich gut durch die Krise geholfen – mit Rettungspaketen für Banken und Unternehmen, Kurzarbeit und Konjunkturpaketen; das Arbeitslosengeld und die Mindestsicherung erhalten auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Kaufkraft – das hilft den Menschen und der Wirt-

schaft. Die „Solidarität“ hat Prominente aus Kunst, Kultur und Wirtschaft gefragt, was ihnen der Sozialstaat bedeutet.

**Abgesehen von Klassikern wie Sicherheit bei Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit, Pension – was bedeutet der Begriff „Sozialstaat“ für Sie noch?**



© Pietro Salvadore

Danielle Spera  
Direktorin des Jüdischen Museums Wien



© Sarah Wiener GmbH

„Verantwortlich und nachhaltig für und mit allen handeln, auch über die eigenen Grenzen hinaus. Der Staat, das sind wir alle.“

Sarah Wiener  
Köchin für nachhaltigen Genuss





ÖGB und Gewerkschaften starten einen Schwerpunkt unter dem Motto „Sozialstaat fairbessern“

© ÖGB/Walter Schinnerer

Schwerpunkt: „Sozialstaat fairbessern“

# Keine Angst haben

Fairbessern, fairsichern, fairtrauen: ÖGB-Präsident Erich Foglar im Interview.

**Solidarität:** Der ÖGB will den „Sozialstaat fairbessern“ – ist der Sozialstaat so schlecht?

**Erich Foglar:** Nein, keineswegs. Es hat sich gezeigt, dass der Sozialstaat uns gut durch die Krise gebracht hat, wir stehen besser da als andere Länder. Was gut ist, kann man aber immer noch besser machen. Wir wollen die Leistungen überprüfen und „fairbessern“; vieles ist vielleicht nicht mehr zeitgemäß, weil die Bedürfnisse sich geändert haben, ich denke an Pflege und Betreuung.

**Solidarität:** Es geht aber auch um die Finanzierung ...

**Erich Foglar:** Auch hier setzen wir an: Der Schlüsselfaktor für ei-

nen guten Sozialstaat sind ausreichend Einnahmen, und das Grundfundament dafür ist mehr Beschäftigung, dann kommen auch die Einnahmen – Arbeitslosigkeit hingegen ist die größte Bedrohung für den Sozialstaat. Es geht uns aber auch darum, die Finanzierung breiter zu machen, das heißt, dass auch Vermögende faire Beiträge leisten müssen, damit wir den Sozialstaat „fairsichern“ können. Ich erinnere an die reichsten zehn Prozent in Österreich, die 800 Milliarden Euro Immobilien- und Finanzvermögen haben. Wenn sie einen größeren Beitrag zum Steuertopf leisten, ist der Sozialstaat schon ein gutes Stück sicherer.

**Solidarität:** Unter „Sozialstaat“ verstehen viele Menschen vor allem Armenversorgung, wie sieht das der ÖGB?

**Erich Foglar:** Drei Schlüsselbegriffe werden in vielen Umfragen als Herzstücke des Sozialstaates genannt: Gesundheit, Bildung und Pensionen. Wir sehen das auch so, und noch breiter. Ein gut ausgebauter Sozialstaat muss sozial Schwache unterstützen, für sichere Pensionen sorgen, medizinische Versorgung garantieren. Aber auch für sozialen Frieden sorgen – wenn wir die Bilder von verzweifelten Protesten Jugendlicher in anderen Staaten sehen, dann ist das schon ein sehr hohes Gut für jede und jeden Einzelne/n.

**Solidarität:** Was wollen ÖGB und Gewerkschaften erreichen?

**Erich Foglar:** Wir wollen die konkreten Leistungen des Sozialstaates in Erinnerung rufen. Mit Sozialschmarotzer- und Sozialmissbrauchs-Kampagnen wird immer wieder systematisch versucht, den Sozialstaat schlechter zu machen. Natürlich muss man Missbrauch verhindern, wesentlich ist aber auch, dass sich die Politik umfassend zum Sozialstaat bekennt. Wir wollen das Vertrauen in den Sozialstaat wiederherstellen – „fairtrauen“. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass der Sozialstaat nicht ständig der Spielball der Finanzindustrie ist. Wenn es in Europa im Gefolge von Sparpaketen rundherum heißt, der Sozialstaat ist nicht mehr zu finanzieren, dann ist das eine Kampfansage.

**Solidarität:** Was ist Ihre Vision vom Sozialstaat der Zukunft?

**Erich Foglar:** Es soll niemand Angst haben, Miete, Essen oder Kleidung nicht bezahlen zu können. Alle jungen Menschen sollen die gleichen Bildungschancen haben, es soll genug Kindergärten, gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, gute Pflege und Betreuung geben. Der Sozialstaat soll fair finanziert sein, mit mehr Beiträgen von Vermögenden. Es gäbe da noch viel mehr. Wesentlich ist vor allem, dass der soziale Ausgleich und das tägliche Leben gut funktionieren.



© waldkühn

Griechenland

## Mehr Arme

In Griechenland hungern die Menschen, aber die Rettungsgelder sollen nicht ihnen zugute kommen, sondern für die Rückzahlung von Krediten verwendet werden. Der EGB ist darüber empört und fordert, dass stattdessen Pensionen, Löhne und Sozialleistungen ausbezahlt werden. Griechenland wird gerade in den größten wirtschaftlichen Abschwung der Neuzeit gedrängt, eine Rezession, die auf 25 bis 30 Prozent wie zu Kriegszeiten anwachsen soll, wird vorhergesagt. Die Opfer, die die ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und ihre Familien dafür bringen müssen, sind beispiellos. Mit mehr als einer Million Arbeitslosen sind annähernd 30 Prozent der griechischen Bevölkerung unter die Armutsgrenze gefallen. Fast eine Viertelmillion Menschen müssen sich auf öffentliche Unterstützung verlassen, um zu ihrer täglichen Nahrung zu kommen.

„Sozialstaat bedeutet Chancengleichheit, Gerechtigkeit, aber auch Gleichberechtigung von Mann und Frau. Er gewährleistet, dass alle, die leistungswillig sind, eine Ausbildung erhalten und etwas erreichen können – egal ob reich oder arm. Sozialstaat steht für mich als Unternehmerin auch für das Bekenntnis zu starken kleinen und mittleren Unternehmen. Gerade auf diesen vielen Unternehmen beruhen die Wirtschaftsleistung sowie die Innovationskraft und sie sind das Fundament der für den Sozialstaat typischen Mittelschicht.“



© dinter

Aleksandra Izdebska  
DiTech GmbH

„Länder mit ausgebautem Sozialstaat sind wesentlich besser durch die Krise gekommen als welche ohne – sowohl wirtschaftlich als auch sozial. Geht die Schere zwischen Arm und Reich noch mehr auf, heißt das mehr Krankheitsrisiken und geringere Lebenserwartung, mehr Status-Stress, weniger Vertrauen, mehr Schulabbrecher, vollere Gefängnisse und mehr Gewalt.“



© Diakonie

Martin Schenk  
Sozialexperte der Diakonie, Mitbegründer der Armutskonferenz

„Der Sozialstaat, den ich meine, ermöglicht all seinen BürgerInnen ein Leben in Würde. Er unterstützt insbesondere die Benachteiligten, die Schwachen und die Armen. Er sorgt dafür, dass die Gesellschaft nicht auseinanderbricht in die, die zu viel – und jene, die zu wenig zum Leben haben.“



© www.inkaspekt.com

Willi Resetarits  
Musiker und Menschenrechtsaktivist

„Das europäische Sozialmodell geht davon aus, dass eine Gesellschaft dann lebenswert und leistungsfähig ist, wenn soziale Risiken im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter durch dynamische Sicherungssysteme abgefangen werden – das ist der moderne Sozialstaat. Diese Form der Solidarität muss immer wieder neu adaptiert und gesichert werden.“



© Siemens AG

Brigitte Ederer  
Siemens AG



© Inge Prader

„Ein Sozialstaat ist für mich ein Land, in dem Gerechtigkeit einen ebenso hohen Stellenwert hat wie Recht.“

Alfons Haider  
Künstler & TV-Moderator

**Adressänderungen:**  
**Tel. 01/534 44-39100**  
 Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,  
 Freitag 8–13 Uhr.  
 Oder unter: [www.oegb.at](http://www.oegb.at)

**Santa Precaria:**

**Armut**

Rund zwölf Prozent der in Österreich lebenden Menschen sind arm oder armutsgefährdet. Überproportional davon betroffen sind Frauen. Ein Stundenlohn unter 5,77 Euro netto, Beschäftigungen von weniger als zwölf Stunden pro Woche und atypische Beschäftigungsverhältnisse gilt es in Zukunft zu verhindern. Mit dem Santa-Precaria-Aktionstag am 29. Februar machten die Gewerkschaften auf die alarmierende Situation der „Prekären“ aufmerksam. Santa Precaria ist die Schutzheilige aller prekär lebenden Menschen.

**Arbeitslosigkeit:**

**Hoher Anstieg**

Die Arbeitslosenzahlen sind im Februar im Vergleich zu 2011 um 6,1 Prozent gestiegen, bei den über 50-Jährigen sogar um 10,3 Prozent. Besonders stark von der Arbeitslosigkeit im Februar betroffen waren auch LeiharbeiterInnen und Menschen mit Behinderung. „Hier zeigt sich, dass die Aufweichung des besonderen Kündigungsschutzes nicht dazu führte, dass die Wirtschaft mehr Menschen mit Behinderung beschäftigt“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Er fordert daher eine Anhebung der Ausgleichstaxe, die Firmen zahlen müssen, die zu wenig Menschen mit Behinderung beschäftigen. Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer wirkte sich die Kältewelle auf die steigenden Arbeitslosenzahlen aus.

**Arbeitsklima:**

**Unzufrieden**

Mehr als 40 Wochenstunden – das ist die Normalität in Österreich. Fast ein Drittel der ArbeitnehmerInnen arbeitet mehr Stunden als vertraglich vereinbart. Nur 48 Prozent der Beschäftigten, die regelmäßig Mehrstunden leisten müssen, sind mit ihrer Arbeitszeit zufrieden. Häufiger Grund für Überstunden: verfehlte Personalpolitik und schlechte Arbeitsorganisation. Das geht auf Kosten der Beschäftigten und der ganzen Gesellschaft. Denn: Lange Arbeitszeiten und schlechte Arbeitsbedingungen machen krank und kosten Arbeitsplätze. [www.arbeitsklimaindex.at](http://www.arbeitsklimaindex.at)

**Initiative: Zehn Jahre Volksbegehren**

**Sozialstaat Österreich**

Die Notwendigkeit des Wohlfahrtsstaates wurde aufgezeigt.

**Solidarität.** Vor zehn Jahren, unter der damaligen ÖVP-FPÖ-Bundesregierung, kamen Gesundheit, Pensionen, Sozialleistungen – der Sozialstaat schlechthin – massiv unter Druck. Einschnitte und Belastungen bei den Menschen in unerträglichem Ausmaß waren geplant. Mit dem Ziel, den österreichischen Sozialstaat verfassungsrechtlich zu verankern, mobilisierten die InitiatorInnen des „Volksbegehrens Sozialstaat“ die Bevölkerung. Zu ihnen gehörten unter anderem die ehemalige Frauenministerin Johanna Dohnal, der Politikwissenschaftler Emmerich Talos und der Arzt Werner Vogt. Auch viele Einzelpersonen und Vereine unterstützten das Anliegen im April 2002 öffentlich.

**Sozialstaat verankern**

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner forderten folgende Ergänzung des ersten Artikels der österreichischen Bundesverfassung: „Österreich ist ein Sozialstaat. Gesetzgebung und Vollziehung berücksichtigen die soziale Sicherheit und Chancengleichheit der in Österreich lebenden



Aktion der ÖGB-Frauen zur Unterstützung des Volksbegehrens am 4. April 2002.

Menschen als eigenständige Ziele.“ Damit appellierten sie an die Regierung, der Bevölkerung vor dem Nulldefizit den Vorrang zu geben. Über 700.000 Unterschriften erzielte die vom ÖGB unterstützte Kampagne zur Verteidigung des Sozialstaates letztendlich.

**Akt der Solidarität**

Armut und Arbeitslosigkeit sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet, sozialstaatliche Politik ist aus diesem Grund für viele Menschen unverzichtbar. Beim Sozialstaat handelt es sich daher um ein Zeichen gesellschaftlicher Solidarität, denn nur ein starker Sozialstaat kann

sozialen Ausgleich und soziale Sicherheit gewährleisten. Maßnahmen zum „schlanken“ Staat vertiefen die Spaltung der Gesellschaft stattdessen. Ausgrenzung und prekäre Verhältnisse werden zugunsten der Vermögenden gefördert.

Bettina Loidhold

**Aktuell: Baby-Package und Gleichbehandlung**

**Was Sie wissen sollten**

Service für Mitglieder: Die Rechtsinfos der ÖGB-Frauen.

**Aktuelle Broschüren.** Die Geburt eines Kindes stellt werdende Eltern oft vor neue Herausforderungen. Welche Mitteilungen und Anträge müssen wann, an wen und in welcher Form gestellt werden? Die ersten Schritte nach Bekanntwerden der Schwangerschaft sind besonders wichtig. Wird die Schwangerschaft dem/der ArbeitgeberIn nicht sofort gemeldet, gelten die Schutzbestimmungen des Mutterschutzes nur eingeschränkt. Auch bei der Karenz gilt es, mögliche „Fallen“ zu vermeiden. Außerdem existieren verschiedene Geldleistungen, die beantragt werden können, sowie Beihilfen und steuerrechtliche Vergünstigungen. Damit werdende Eltern nicht den Überblick verlieren, haben die ÖGB-Frauen in der Rechtsinfo „Baby-Package“ alle aktuellen und wichtigen Informationen und Tipps rund um Schwangerschaft, Karenz und Elternteilzeit zusammengefasst. Auf der Website der ÖGB-Frauen werden zusätzlich Briefvorlagen für diverse Anträge zum Download angeboten.



Rechtliche Informationen gibt es auch zum Thema „Gleichbehandlung in der Arbeitswelt“. Da Gesetze allein nicht vor Diskriminierung schützen, ist es wichtig, dass Frauen ihre Rechte kennen und wissen,

welche Möglichkeiten ihnen offen stehen, Diskriminierungen zu beenden.

**Diskriminierung**

Die Broschüre enthält zahlreiche Informationen über rechtliche Möglichkeiten und nützliche Adressen für Betroffene, die wegen Geschlecht, Alter, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung diskriminiert werden. Die neueste Auflage informiert auch über die Einkommensberichte in den Betrieben sowie über die verpflichtenden



Gehaltsangaben in den Stellenausschreibungen.

**RECHTSINFOS BESTELLEN**

ÖGB-Mitglieder können die Rechtsinfos der ÖGB-Frauen per E-Mail an [frauen@oegb.at](mailto:frauen@oegb.at) oder unter der Telefonnummer 01/534 44-39042 bestellen. Die Rechtsinfos sowie alle Musterbriefe zum aktuellen Baby-Package finden Sie auch als Download auf der Website [www.oegb.at/frauen](http://www.oegb.at/frauen).





Johann Schättler hilft überall aus: beim Schleifen, beim Wareneingang, aber auch beim Schneiden von Metallblöcken.

Reportage: Kurzarbeit

# Gemeinsam kürzertreten

Wenn MitarbeiterInnen und Geschäftsführung zusammenhalten, können beide Seiten von den Vorteilen profitieren.

**Keine Berührungsängste.** Johann Schättler arbeitet dort, „wo gerade Not am Mann ist“. Schon zwei Jahrzehnte ist der 49-jährige Niederösterreicher aus Scheiblingkirchen beim Amada-Werk in Ternitz beschäftigt. Die Firma in japanischem Besitz stellt Bandsägen zum Schneiden großer Industrie-Metallblöcke her.

## Auftragslage schlecht

Von 1. März 2009 bis 30. November 2010 musste Amada auf Kurzarbeit umstellen, die alle MitarbeiterInnen – ArbeiterInnen sowie Angestellte – betraf. In der ersten Phase wurde die Arbeitszeit bis zu 30 Prozent verringert, manchmal ging die Auftragslage auf bis zu 50 Prozent zurück. Anfangs blieben die in der Produktion tätigen MitarbeiterInnen eine Woche pro Monat zu Hause.

„Gegen Ende der Kurzarbeitsphase hörten wir nicht am Freitag um halb eins, sondern bereits am Donnerstagabend mit der Arbeit auf“, erzählt Schättler. Der gelernte Gas- und Wasserleitungsinstallateur hat die Branche gewechselt, „weil es den MitarbeiterInnen in der Industrie doch noch besser geht als Beschäftigten in den kleinen Firmen“. Schättler werkt im Wareneingang, beim Schleifen oder kümmert sich ums Ausrichten von Stempeln und Matrizen, fährt täglich nur eine Viertelstunde bis zu seiner Ar-

beitsstelle. „Ich bin froh, dass ich in meiner Region so eine gute Arbeit gefunden habe.“

## Vor- und Nachteile

„Wir haben über die Kurzarbeit abstimmen lassen und waren alle einstimmig dafür, außerdem achteten wir stets darauf, dass die Belegschaft laufend informiert wurde“, berichtet Anton Schauer, der seit 1990 Betriebsratsvorsitzender bei Amada ist. Schauer, ein gelernter Betriebsschlosser, vertritt rund 100 ArbeiterInnen und 50 Angestellte. Mithilfe der Sozialpartnervereinbarung zur Kurzarbeit blieben den WerksmitarbeiterInnen 90 Prozent des Nettolohns, Prämien fielen jedoch gänzlich weg. Kurzarbeit bietet zumindest aber auch den Vorteil, mehr Freizeit zu haben, und das Unternehmen muss MitarbeiterInnen nicht kündigen.

## Klare Ansage

Betriebsratsvorsitzender Schauer erzählt weiter: „Unsere Facharbeiter, vom Zerspanungs- bis Maschinenbautechniker, Werkzeugmaschinenbau bis Werkstoffprüfer, sind so spezialisiert, dass sie nicht so leicht am Arbeitsmarkt zu finden sind.“ Neue MitarbeiterInnen haben eine Einschulungszeit von einem halben Jahr und noch länger. „Da kam der klare Auftrag von der Geschäftsführung, keinen einzigen Beschäftigten zu kün-

digen. Die einzige Alternative war aus diesem Grund die Kurzarbeit“, weiß Schauer. Einschränkungen mussten allerdings zahlreiche angelernte Arbeitskräfte hinnehmen, die noch vor der Umstellung zur Kurzarbeit viele Überstunden machten.

## Gut überbrückt

Auch in Salzburg wurde die Kurzarbeit dank guter Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung, BetriebsrätInnen und der Belegschaft ohne größere Schwierigkeiten überbrückt.

Mitten in den Salzburger Bergen fertigt die Großtischlerei Scheicherwand Trennwandsysteme. Zweimal bereits musste die Großtischlerei in Adnet auf Kurzarbeit, von der alle MitarbeiterInnen betroffen waren, umstellen: nämlich von Jänner bis März 2009 und von September 2009 bis August 2010.

## Zusammenhalt

„Aufgrund der Kurzarbeitsausgleichszulage und des guten Zusammenhalts in der Tischlerei wurde die Umstellung wirklich gut angenom-

men“, erklärt Rudolf Kontriner, der seit acht Jahren Firmenbetriebsrat ist. „Natürlich gab es finanzielle Einbußen, und diese waren für manche MitarbeiterInnen, besonders für die jungen Beschäftigten, nicht ganz einfach. Doch meiner Meinung nach ist die Kurzarbeit für die MitarbeiterInnen sowie den Betrieb eine sehr wichtige Einrichtung, denn nur so konnte unsere gesamte Belegschaft weiter beschäftigt werden.“

Christian Resei



Betriebsrat Rudolf Kontriner: „Nur durch die Kurzarbeit konnte die gesamte Belegschaft weiter beschäftigt werden.“

## JOBS GESICHERT

Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung Kurzarbeit in großem Umfang eingesetzt. Sozialminister Hundstorfer berichtete Anfang Februar 2012 über Nutzung und Wirkung: Seit 2009 gab es in 500 Unternehmen für ca. 66.500 Beschäftigte Kurzarbeit, 2010 waren es noch 23.700 Menschen in 260 Betrieben. Vor allem in der Automobilindustrie, den Zulieferfirmen und im Maschinenbau kam Kurzarbeit zum Einsatz. Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO bestätigte, dass die Kurzarbeit Arbeitsplätze gesichert hat.



Rechtsfall: Bezahlung abgelehnt

# Eine Unverfrorenheit

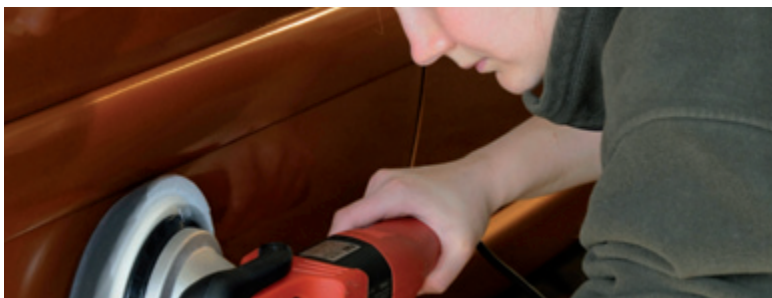
Arbeitgeber meldete Kfz-Technikerin nicht zur Sozialversicherung an und verweigerte Auszahlung nach Arbeitsniederlegung.

**Anmeldung fehlt.** Der jungen arbeitslosen Kfz-Technikerin Marlies Huber\* wurde vom Arbeitsmarktservice ein Jobangebot in einer kleinen Kfz-Werkstätte übermittelt. Drei Wochen nach der Arbeitsaufnahme entdeckte die 21-Jährige zufällig, dass der neue Arbeitgeber sie nicht zur Sozialversicherung angemeldet hatte. Grund genug für sie, während der Probezeit aus dem Dienstverhältnis

auszutreten. Trotz einiger Nachfragen brachte der Dienstgeber das Entgelt für die Arbeitsleistung dieser drei Wochen nicht zur Auszahlung.

## Arbeitgeber geklagt

Als Mitglied der Gewerkschaft wandte sich die Kfz-Technikerin hilfesuchend an den ÖGB. Die Gewerkschaft forderte den Arbeitgeber nochmals auf, die offenen Ansprüche zu beglei-



© VÖESTALP

**WEITBLICK BEWEISEN.**  
Das macht einen verlässlichen Partner aus.

chen. Dieser lehnte die Bezahlung mit der Begründung ab, dass Huber nie in diesem Betrieb gearbeitet habe. Damit konnte der berechtigten Forderung nur mehr durch eine Klage entsprochen werden.

## Schuldpruch

Im Verfahren vor dem Arbeits- und Sozialgericht hielt der ehemalige Dienstgeber seine „Schutzbehauptung“, dass nie ein Dienstverhältnis bestanden habe, aufrecht. Huber gelang es aber durch eine exakte Beschreibung des Arbeitsplatzes sowie eigene Aufzeichnungen über erledigte Tätigkeiten, dem Gericht darzustellen, dass sie tatsächlich Arbeitsleistungen erbracht hat. Ihr wurde der Betrag von 1.304,30 Euro zugesprochen. „Es mag sich dabei wohl um einen kleinen Geldbetrag handeln. Für die Kollegin ist es jedoch ein wichtiges finanzielles Mittel. Noch wichtiger war es aber, der ‚Unverfrorenheit‘ des Dienstgebers eine Grenze zu setzen“, sagt Gottfried Kostenzer, Betreuer des Falls vom ÖGB Tirol.

## Rechtshilfe

Kostenzer rät ArbeitnehmerInnen, die in eine ähnliche Situation geraten, den/die DienstgeberIn aufzufordern, das Versäumnis umgehend nachzuholen oder beim zuständigen Krankenversicherungsträger eine Überprüfung des Sachverhaltes anzufordern. Zuletzt bleibt noch – wie im Fall von Huber – die Möglichkeit, aus dem Dienstverhältnis auszutreten. „Letztlich wird die Wahl der Vorgangsweise auch davon abhängig sein, welche Ursachen zugrunde liegen. Handelt es sich um ein unabsichtliches Versehen oder ist es ein bewusstes Umgehen gesetzlicher Bestimmungen? Die Beratung durch ExpertInnen, insbesondere des ÖGB, hilft, die jeweils richtige Entscheidung zu treffen“, so Kostenzer.

Bettina Loidhold

\*Name von der Redaktion geändert.

Niemand weiß, was die Zukunft bringt. Die Wiener Städtische ist für Sie da und zeigt Ihnen, was Sie heute tun können, damit es Ihnen auch morgen gut geht. Nähere Infos unter 050 350 350, auf [www.wienerstaedtiche.at](http://www.wienerstaedtiche.at) oder bei Ihrem Berater.

**IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN**

**WIENER**  
**STÄDTISCHE**  
VIENNA INSURANCE GROUP





Die Anrechnung der Elternkarenz ist ein wichtiges Mittel, um die Einkommensschere zu schließen.



© ÖGB/Thomas Reiner

Frauentag:

## Investitionen

„Mit Geldleistungen allein wird keine Familienpolitik gemacht. Frauen muss nach der Karenz ein rascher Wiedereinstieg in einen Vollzeitjob ermöglicht werden, das würde Familien vor Armut schützen und das Budget entlasten“, sagt ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende Brigitte Ruprecht anlässlich des Weltfrauentags am 8. März. Ruprecht fordert von der Regierung mehr Investitionen in die soziale Infrastruktur. Vor allem beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige gibt es einen enormen Nachholbedarf. Gleichzeitig müssen die Öffnungszeiten ausgeweitet und die Qualität verbessert werden.

Telekommunikation:

## Gesetzwidrig

Entgelte für Papierrechnungen sind gesetzwidrig. Das entschied nun das Handelsgericht Wien zum wiederholten Male. Nach der Entscheidung gegen T-Mobile hat das Gericht auch Hutchison 3G verboten, ein Entgelt für Papierrechnungen von den TeilnehmerInnen zu verlangen. Die AGB von Hutchison 3G sahen die Zahlung von zwei Euro pro Rechnung vor, oder die Kundin/der Kunde bekommt nur eine elektronische Rechnung zugesandt. Das Handelsgericht Wien hat das jetzt untersagt (das Urteil ist nicht rechtskräftig). Ende Februar 2012 trat das neue Telekommunikationsgesetz in Kraft, wonach die Möglichkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, eine unentgeltliche Rechnung in Papierform zu erhalten, nicht ausgeschlossen werden darf. Das gilt laut dem Verein für Konsumentinformation (VKI) nicht nur für neue, sondern auch für bereits bestehende Verträge. Weitere Infos finden Sie auf der Website des VKI: [www.vki.at](http://www.vki.at)

Einkommen: Verbesserungen bei Karenz

# Mehr Geld im Börserl

Gerechtigkeit bei Lohnvorrückungen durch neue KV-Regelungen – besonders Frauen profitieren.

**Wichtiger Erfolg.** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Eltern- oder Hospizkarenz gehen, können sich in Zukunft über Verbesserungen bei der Karenzanrechnung und damit über bares Geld freuen. In den letzten Verhandlungen ist es den Gewerkschaften nämlich gelungen, in zahlreichen Kollektivverträgen Erhöhungen bei der Anre-

Einkommensverlusten für die betroffenen ArbeitnehmerInnen verbunden waren. Sie versäumten Gehaltsvorrückungen und verdienten somit schlechter als ihre Kolleginnen und Kollegen, die keine Karenz in Anspruch nahmen. Für die betroffenen Beschäftigten waren diese Einbußen meistens nicht mehr aufzuholen.

### Mehr Einkommen

Erfolge gab es zum Beispiel bei den Beschäftigten in der Branche Metall und Bergbau, im Handel, der Telekommunikation, im Bereich Handel und Gewerbe, der Elektronikindustrie und zuletzt bei den Verhandlungen in der Zeitarbeitsbranche sowie dem privaten Gesundheits- und Sozialbereich. Im Gesundheits- und Sozialbereich werden rückwirkend mit 1. Februar 2012 bis zu zwölf Monate pro Eltern- und Hospizkarenz auf die

Lohn- und Gehaltsentwicklung angerechnet. In der Arbeitskräfteüberlassung werden die Karenzen künftig sogar zur Gänze für die Bemessung der Kündigungsfrist, der Dauer des Krankentgeltanspruches, der Urlaubsdauer, des Jubiläumsgeldes, der Umstufung von der Beschäftigungsgruppe A auf B und bei der Bemessung der Höhe der Abfertigung angerechnet. Je nach Einkommen und Dauer der Karenz bringen die Änderungen den Beschäftigten im Durchschnitt mehrere Hundert Euro an zusätzlichem Geld pro Jahr (Beispiele in den untenstehenden Kästen).

### Mehr Gleichstellung

„Die Anrechnung der Elternkarenz ist ein sehr wichtiges Mittel auf dem Weg, die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen endlich zu schließen“, zeigt sich die

ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende Brigitte Ruprecht über den Gewerkschaftserfolg erfreut. Denn dass in Österreich die Kinderbetreuung immer noch Frauensache ist, zeigen auch die jüngsten Zahlen des Familienministeriums: Demnach bezogen im Jänner 2012 134.261 Frauen Kindergeld, bei den Männern waren es jedoch nur 6.336 – das ist ein Anteil von gerade 4,5 Prozent.

### Durchbruch gelungen

„Die Babypause bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen immer noch einen beträchtlichen Einkommensverlust – das darf nicht sein. Mit den neuen Kollektivvertragsregelungen ist den Gewerkschaften ein sehr entscheidender und notwendiger Durchbruch gelungen“, sagt die ÖGB-Frauenvorsitzende.

Michaela Hubweber

»Die Anrechnung der Elternkarenz ist ein wichtiges Mittel, um die Einkommensschere zu schließen.«

Brigitte Ruprecht

chenbarkeit für Lohnvorrückungen durchzusetzen. Die verhandelnden Gewerkschaften GPA-djp, vida und PRO-GE haben sich für diese Verbesserungen im Rahmenrecht starkgemacht, da Karenzzeiten bisher mit deutlichen

### Sie gehen bald in Pension und haben eine Firmenpension?

Kennen Sie alle gesetzlichen Auszahlungsmöglichkeiten Ihrer Firmenpension? Manche Varianten sind mehr, andere weniger von den Wechselwirkungen des Kapitalmarktes abhängig. Zum Beispiel sorgt gerade die Betriebliche Kollektivversicherung für sichere und stabile Pensionszahlungen.

Gerne bieten wir Ihnen ein persönliches Informationsgespräch mit unseren Experten an – selbstverständlich kostenlos und unverbindlich.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte telefonisch oder per Mail an Herrn Robin WEINBER unter 0650/782 31 34 bzw. [r.weinber@staetdische.co.at](mailto:r.weinber@staetdische.co.at)

IHRE SORGEN  
MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER  
STÄDTISCHE**  
VIENNA INSURANCE GROUP

## Beispiel: METALLINDUSTRIE & BERGBAU

**Erhöhung von 10 Monaten gesamt  
auf 16 Monate pro Karenz**

Für eine Arbeitnehmerin in der Beschäftigungsgruppe C heißt das bei drei Karenzen etwa vier weitere Beschäftigungsjahre und damit ein Einkommensplus von rund 480 Euro pro Jahr.

## Beispiel: GESUNDHEITS- & SOZIALBEREICH

**Erhöhung der Anrechenbarkeit  
von 0 auf 12 Monate pro Karenz**

Eine Krankenschwester (Verwendungsgruppe 7) erhält bei zwei Jahren Babypause ein zusätzliches Beschäftigungsjahr angerechnet, das Einkommensplus liegt bei etwa 420 Euro im Jahr.



**Gewinnspiel**

Mit der Solidarität  
2 Tickets für Gunkls  
Kabarettprogramm  
gewinnen!

„Die großen Kränkungen  
der Menschheit –  
auch schon nicht leicht.“

Termin: 9. April 2012,  
in Wiens neuem Kabarett-  
haus „Stadtsaal“.

**Gewinnfrage:**

Wer verbirgt sich hinter  
dem Namen „Gunkl“?

Die Antwort senden Sie  
bitte bis spätestens 2. April  
2012 unter Angabe ihres  
Namens und ihrer Adresse  
an Solidarität, Johann-  
Böhm-Platz 1, 1020 Wien,  
oder per E-Mail an  
soli@oegb.at.

Die GewinnerInnen wer-  
den schriftlich bzw. telefo-  
nisch verständigt und erhal-  
ten die Tickets mit der Post  
zugeandt.

Recht: Mobbing ist Körperverletzung

# Ansprüche einfordern

Führungskräfte sind verpflichtet, Beschäftigte vor Attacken zu schützen.

**Studie.** Ausgrenzungen, Belei-  
digungen, Beschimpfungen  
und systematische Angriffe  
können den täglichen Gang zur  
Arbeit für viele Betroffene zur  
Qual machen. Dass Mobbing  
in zahlreichen Betrieben nach  
wie vor ein Problem darstellt,  
zeigen verschiedene Umfragen  
unter ArbeitnehmerInnen.

In einer Online-Umfrage von  
karriere.at haben zuletzt rund  
zwei Drittel angegeben, dass  
ihnen Fälle von Mobbing in  
ihrer Firma bekannt sind. Bes-  
onders ernüchternd: 43 Pro-  
zent sprechen sogar davon, dass  
Mobbing in ihrem Unterneh-  
men System hat. Laut Zahlen  
der Statistik Austria sind  
93.000 ÖsterreicherInnen  
selbst von Mobbing betroffen.

**Anspruch auf Schadenersatz**

Umso wichtiger ist es daher,  
Betroffenen auch rechtliche  
Handhabe zur Verfügung zu  
stellen. Hier hat zuletzt ein  
Urteil des Obersten Gerichtshofes (OGH) neue Maßstäbe  
gesetzt: Für die psychische Be-  
einträchtigung durch Schika-  
nen ihres Chefs stehe der Klä-



© waldthut/lego Regier

gerin ein Schadenersatzan-  
spruch von 5.900 Euro wegen  
Körperverletzung zu, urteilte  
das Höchstgericht. Die Richter  
warfen dem Vorgesetzten zu-  
dem eine „Verletzung der Für-  
sorgepflicht“ vor – er hatte  
seine Mitarbeiterin monate-  
lang schikaniert und bedroht.  
In einer früheren Entschei-  
dung hatte das Gericht außer-  
dem festgehalten, dass der Ar-  
beitgeber schadenersatzpflich-

tig wird, wenn er Mobbing  
unter MitarbeiterInnen nicht  
verhindert.

**Mobbing thematisieren**

Dass es in den Firmen bei der  
Sensibilisierung der Vorgesetz-  
ten jedenfalls noch Nachholbe-  
darf gibt, zeigt eine weitere  
Umfrage von karriere.at – dies-  
mal unter den Arbeitgeb-  
erInnen. Jeweils 24 Prozent der  
Führungskräfte gaben an,

Mobbing gebe es in ihrem Un-  
ternehmen nicht bzw. die Be-  
troffenen würden solche Dinge  
selbst regeln. Nicht einmal  
jede/r Zweite (43 Prozent)  
spricht laut eigenen Angaben  
das Thema Mobbing offen an.  
Betroffene sollten sich aber in  
jedem Fall Hilfe holen – etwa  
beim Betriebsrat, bei Gewerk-  
schaft oder Arbeiterkammer.

Michaela Hubweber

**MITTEN IM LEBEN  
HAT EIN KONTO EINE  
FERNBEDIENUNG.**



QR-Code scannen –  
App direkt downloaden!

**DIE NEUE eBANKING APP**

**Die Bank zum Mitnehmen.**

Mit der neuen eBanking App der BAWAG P.S.K. erledigen Sie Ihre Bankgeschäfte jederzeit bequem und sicher vom Smartphone aus. Einfach kostenlos im Android Market oder im iTunes Store downloaden.

Mitten im Leben.

www.bawagpsk.com



Für Android  
und iPhone

**GRATIS  
ZU IHRER  
KONTOBOX!**





**Lehrausbildung:** Wie Jugendliche zu ihrem Job kommen

# Castings für Lehrlinge

Die etwas andere Suche nach den „Super-Lehrlingen“: Nur eine Modeerscheinung?

**Trendumkehr.** Knapp 2.000 Jugendliche wollten heuer „kikamaniac“ oder Teil der

teile nennt auch Bruno Klampferer, Leiter des Greiner Ausbildungszentrums „git“, als

einem persönlichen Gespräch nicht möglich ist, die Persönlichkeit der Jugendlichen herauszufinden.

gen ergeben, dass sich die Jugendlichen für eine bestimmte Filiale bewerben und diese auch kennenlernen möchten, was bei den bundesländerweiten Castings nicht möglich war“, begründet dm-Pressesprecher Stefan Ormig, warum nun jede Filiale individuell mit Schnuppertagen und Einzelgesprächen Lehrlinge auswählt.

Und auch Intersport Eybl veranstaltet mit der Begründung des hohen organisatorischen Aufwands und der mittlerweile stark forcierten Schnupper-

## Modeerscheinung?

Generell kann man aber nicht mehr vom großen Trend der Lehrlingscastings sprechen. Betrachtet man die Drogeriemarktkette dm, die mit ihrem ersten Casting im Jahr 2004 als Pionier gilt, ist die Bezeichnung „Modeerscheinung“ treffender. dm ist wieder auf den klassischen Weg der Lehrlingssuche zurückgekehrt.

### Eva Trinkl (15)

Wenn man sich für die Lehrstelle wirklich interessiert, dann sind die Übungen nicht schwierig. Mir hat das Casting auch sehr viel Spaß gemacht, weil ich viele neue, nette Leute kennengelernt habe.



„Generation-L-Familie“ werden. Hinter diesen klingenden Namen verbergen sich die Lehrlingscastings der kika/Leiner-Unternehmensgruppe, mit deren Hilfe rund 300 Lehrstellen vergeben werden.

Gründe, warum die Greiner-Gruppe mit Sitz in Kremsmünster/OÖ seit fünf Jahren Lehrlingscastings veranstaltet.

## Teamfähigkeit

Bei Greiner war die negative Behaftung des Wortes schon Thema. „Uns ist aber kein besserer Begriff für die beiden Tage, an denen wir je 24 BewerberInnen einladen und bei kleinen Übungen etwa auf Teamfähigkeit und persönliches Auftreten schauen, eingefallen“, erklärt Klampferer, der meint, dass es allein mit

## Einander kennenlernen

Um ein echter „kikamaniac“ – ein „Super-Lehrling“ bei kika – zu werden, müssen die Jugendlichen im Internet ihre Bewerbungsunterlagen hochladen. Daraus werden die Besten ausgewählt und regionsweise zu Castings eingeladen. „Diese sind aber nicht mit den Fernsehshows vergleichbar“, erklärt Birgit Maurer, zuständig für die Lehrlingsausbildung bei kika/Leiner.

Die BewerberInnen und das Unternehmen sollen sich gegenseitig kennenlernen. Maurer vergleicht die Lehrlingscastings mit einem Assessment-Center und sieht einen großen Vorteil auch darin, dass mehrere GeschäftsleiterInnen gemeinsam die Leistungen beurteilen können. Diese Vor-

### Maximilian Gruber (16)

Am Anfang war ich natürlich sehr nervös. Aber die Nervosität hat sich dann schnell gelegt. Vor allem als wir dann viel im Team gearbeitet haben und jeder mitgeholfen hat, dass wir insgesamt gut abschneiden.



„Der Begriff war für uns nicht mehr zeitgemäß. Dazu hat eine Umfrage bei unseren Lehrlin-

tage durch die Schulen kein zentrales Casting mehr.

## Diskretion wichtig

Bei der Lehrlingsrekrutierung gibt es mittlerweile sehr viele unterschiedliche Modelle. „Wichtig ist nur, dass die Auswahl auf professionellem Niveau passiert und die Unternehmen mit den Testergebnissen absolut diskret umgehen“, betrachtet ÖGB-Bundesjugendvorsitzender Jürgen Michlmayr die aktuelle Entwicklung durchwegs als positiv.

### Fabian Schirl (15)

Castings kennt man ja sonst eigentlich nur von Fernsehshows, und daher war ich sehr gespannt, was mich beim Lehrlingscasting erwarten würde. Es ist aber überhaupt nicht mit den Fernsehshows vergleichbar und im Laufe des Tages, als ich die ganze Gruppe kennengelernt habe, ist auch meine Nervosität verflogen.



Sabrina Kainrad

## Johann-Böhm-Fonds:

### Stipendien

Der ÖGB vergibt wieder Stipendien für Diplomarbeiten und Dissertationen zu vorgegebenen Themen, die je nach Art der wissenschaftlichen Arbeit mit bis zu 5.000 Euro honoriert werden. Ziel ist es, qualitativ hochwertige Arbeiten zu bekommen, die dann dem Verlag des ÖGB zur Publikation vorgeschlagen werden können. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Mai 2012. Die Themen für die aktuell zu vergebenden Stipendien finden Sie unter: [www.oegb.at/stipendien](http://www.oegb.at/stipendien)

## Frauen:

### Urlaubsgesetz

Eine längst überfällige, vor allem Frauen betreffende, arbeitsrechtliche Benachteiligung ist beseitigt: Im Urlaubsgesetz wurde bisher der Verjährungstermin für den Erholungsurlaub um jenen Zeitraum hinausgeschoben, um den eine Karenz nach dem Mutterschutzgesetz bzw. dem Väterkarenzgesetz das Ausmaß von zehn Monaten übersteigt. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) bedingt eine Anpassung dieser Regelungen. Nunmehr werden Zeiten einer Karenz nach dem Mutterschutzgesetz oder dem Väterkarenzgesetz uneingeschränkt den Verjährungstermin hinauschieben.

## MigrantInnen:

### Ohne uns?

Am 1. März 2012 machten MigrantInnen weltweit darauf aufmerksam, dass das Leben ohne sie nicht funktionieren würde. Der Protest hat in den USA unter dem Titel „Ein Tag ohne uns“ 2006 erstmals stattgefunden, mehr als eine Million Menschen sind auf die Straße gegangen, um gegen Verschärfungen der Asyl- und Einwanderungsgesetze zu protestieren.

Im Jahr 2010 gab es auch in Italien und Frankreich große Kundgebungen. In Österreich schloss sich heuer ein Bündnis verschiedener Organisationen der Aktion an. Im Rahmen des „Transnationalen MigrantInnenstreiks“ protestierten die AktivistInnen für gleiche Rechte und gegen Rassismus sowie die Novelle des Fremden- und Asylrechts.



**Aktuelle Infos:**

**Facebook**

Der ÖGB ist auch in Facebook aktiv. Das Thema „Sparpaket“ wird dort ebenso diskutiert wie andere aktuelle Themen. Weiters gibt es Veranstaltungseinladungen, Buchtipps und vieles mehr.  
[www.facebook.at/oegb.at](http://www.facebook.at/oegb.at)

**Richtigstellung Steuern: Formular**

In der letzten Ausgabe der Solidarität (Nr. 938) wurde fälschlicherweise berichtet, dass Anträge für die Arbeitnehmerveranlagung auf der Webseite des Finanzministeriums [www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at) runtergeladen werden können. Richtig ist, dass die Formulare auf der Website nur bestellt werden können.

**Gewinnspiel**

**Mit der Solidarität 2 Tickets für die „Zirkusprinzessin“ gewinnen!**

Am Ufer des Stubenbergsees die Seefestspiele Stubenberg genießen.



**Gewinnfrage:**

**In welchem Bundesland finden die Seefestspiele Stubenberg statt?**

Die Antwort senden Sie bitte bis 12. April 2012 unter Angabe von Namen und Adresse an Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, oder per Mail an [soli@oegb.at](mailto:soli@oegb.at).

Die GewinnerInnen werden schriftlich verständigt und erhalten die Tickets mit der Post zugesandt.



Mahlzeit: Syrien

# Meine Finger gegessen

Arabische Küche, bestens geeignet zum Mitnehmen an den Arbeitsplatz

Darf man über syrische Küche schreiben, während Zeitungen und TV-Nachrichten voll von syrischen ZivilistInnen sind, die zu Tausenden ermordet werden, weil sie gegen das Regime auf die Straße gehen? Vielleicht muss man sogar. Man kann doch nicht zulassen, dass Syrien immer nur in Schreckenberichten vorkommt – so wichtig die auch sind. Deshalb jetzt Erinnerungen an Wasserpfeifen, Mokka mit Kardamom, an frisch gepressten Maulbeersaft und Shawarma (das Fleisch vom großen Spieß, anderswo als Kebab bekannt), mit Paradeisern und viel frischer Minze eingewickelt in dünnes Fladenbrot. An Hummus aus Kichererbsen und

Mutabbal aus Auberginen, dem „Brot des armen Mannes“, wie ein Sprichwort aus Damaskus sagt. Außerdem an den Anischnaps Araaq – Damaskus ist nicht nur eine islamische, sondern auch eine christlich geprägte Stadt.

**Mokka mit Kardamom**

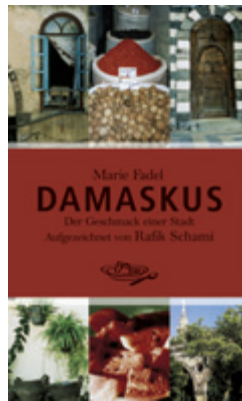
Und an Speisen, die sich auch im mehrstöckigen Menage-reindl leicht an den Arbeitsplatz transportieren lassen. In Rafik Schamis Roman „Das Geheimnis des Kalligraphen“ wird ein solches Matbakia genanntes Behältnis auch gleich zum Liebesvermittler zwischen einer verheirateten Frau und dem Mann, der die Matbakia täglich

durch enge Suq- und Altstadtgassen von der Frau zu deren Gatten transportiert. Schami, der 1971 nach Deutschland geflohene große Erzähler, hat gemeinsam mit seiner Schwester Marie Fadel auch ein Buch mit Rezepten herausgebracht. Für Mujadara zum Beispiel: Braune Linsen kochen, nach 20 Minuten die gleiche Menge Bulgur (Weizenschrot) dazu, mit Salz, Pfeffer, Koriander und einer Prise Zimt weiterköcheln, fünf Minuten ziehen lassen und dann ordentlich viel Olivenöl dazumischen.

In die nächste Etage des Henkelmanns: Fattuousch, der Salat aus Blattsalat, Tomaten, Gurke, gerösteten Fladenbrotstücken, Frühlingszwiebel, Minze, Petersilie, Olivenöl und Zitronensaft. Gebratene Auberginen passen auch. Und im dritten Stock wird das Menü mit einem Pudding aus der nordsyrischen Metropole Aleppo komplettiert: Einen halben Liter Wasser mit 100 Gramm Zucker aufkochen, einen arabischen Mokka mit Kardamom und zwei Esslöffel Rosenwasser dazu, 100 Gramm Zwieback darin aufweichen,

pürieren, in kleinen Schüsseln kalt stellen. Mit Schlagobers servieren, mit Pistazien bestreuen. Wer sich nachher die Hände abschlecken möchte, um ja nichts übrig zu lassen, sagt: „Ich habe meine Finger gegessen.“

Florian Kräffner



**BUCHTIPPS**

Marie Fadel: **Damaskus – Der Geschmack einer Stadt.** Sanssouci-Verlag.

Rafik Schami: **Das Geheimnis des Kalligraphen.** Dtv.

Kultur: Vergünstigte Tickets

# Die Zirkusprinzessin

Die Seefestspiele Stubenberg locken heuer mit einer Operette.

**Sommertheater.** Die Seefestspiele Stubenberg inszenieren heuer im Sommer die amüsante Operette „Die Zirkusprinzessin“ von Emmerich Kálmán. Aufgeführt wird sie in Österreichs größtem Theaterzelt, unmittelbar am steiermärkischen Stubenbergsee gelegen. Das Zirkus-Palastzelt ist 2.400 m<sup>2</sup> groß und bietet auf 1.800 Tribünenplätzen anspruchsvolles, regengeschütztes Sommertheater. Ebenfalls im Palastzelt ist die Ausstellung „Goldene 20er-

Jahre“ untergebracht, die auf knapp 1.000 m<sup>2</sup> den sozialen und wirtschaftlichen Umbruch unserer Gesellschaft in jener Zeit zeigt, zu der die Operette in Wien uraufgeführt worden ist.

**Mister X und Fedora**

Die Aufführung taucht in eine Zirkusvorstellung ein, deren Hauptattraktion der maskierte Reiter Mister X ist. Unter den Besuchern befindet sich auch die Fürstin Fedora. Mister X, der enterbte Neffe ihres verstor-



benen Gatten, liebt die Fürstin, ohne dass diese ihn kannte. Die beiden heiraten, Fedora sieht in ihm aber den Prinzen Korosoff statt des Zirkusreiters. Auf der Feier wird die eingefädelte Intrige des Nebenbuhlers enthüllt. Die Braut ist blamiert, denn man sieht in ihr die „Zirkusprinzessin“.

Die Festspielproduktion hat den 7. Juli 2012 als „Tag der Gewerkschaften“ in den Spielplan

aufgenommen – eine besondere Gelegenheit für Mitglieder des ÖGB, bis zu 25 Prozent vergünstigte Tickets für das Stück zu erwerben.

Restaurants am See und zahlreiche Buschenschenken mit heimischen Spezialitäten verwöhnen außerdem die FestivalbesucherInnen.

Bettina Loidhold

**„Die Zirkusprinzessin“ am Stubenbergsee vom 7. Juni bis 8. Juli 2012**

Tickets\*: ÖGB-Kartenstelle – Frau Riemel  
 Telefon: 01/534 44-39675  
 E-Mail: [ticketsservice@oegb.at](mailto:ticketsservice@oegb.at)  
 Homepage: <http://kartenstelle.oegb.at>

\* Inkludiert sind Theaterkarte, Sekttempfang, Ausstellung, Rosengarten Herberstein, Führung Schloss Herberstein.



EU: Kettenverträge sind zulässig, wenn sachlich begründet

# Zittern um Verlängerung

Eine weitere Aushöhlung der Rechte der ArbeitnehmerInnen wird befürchtet.

**Demotivation.** Maria Konrad arbeitet in einem Landeskrankenhaus. Vor kurzem wurde ihre Stelle als Fachärztin verlängert – aber wieder nur um zwei Jahre. Die 40-Jährige ist seit zehn Jahren in der gleichen Abteilung tätig, ein befristeter Vertrag löste den anderen ab. Das ist rechtens, aber demotivierend. Kettenverträge dieser Art dürfen sein, hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) zu Jahresbeginn bestätigt. Eine deutsche Arbeitnehmerin hatte auf Festanstellung geklagt, nachdem sie in elf Jahren aufgrund von 13 aufeinanderfolgenden Arbeitsverträgen – ausgerechnet beim Arbeitsgericht – angestellt war.

## Sachliche Gründe

Befristete Dienstverträge können mehrmals verlängert werden, wenn es einen sachlichen Grund gibt. Etwa wirtschaftliche oder soziale Gründe: Man braucht Vertretungskräfte (Krankenvertretung etc.) oder der zweite Dienstvertrag wird in einer höheren Position abgeschlossen. Dauerhafter Personalbedarf darf jedoch nicht ständig durch lediglich befristete Dienstverhältnisse nach-



Befristete Dienstverträge führen zu Demotivation unter den Ärztinnen und Ärzten.

© Wabshaus/Rob Stark

einander abgedeckt werden, derartige „Kettenarbeitsverträge“ wären sittenwidrig.

## Keine Klarheit

Die EU hat per Richtlinie 1999 die Rahmenbedingungen und Mindestvorschriften für befristete Arbeitsverträge festgelegt. Echte Klarheit herrscht in den EU-Ländern aber nicht. GewerkschaftsvertreterInnen be-

fürchten, dass das EuGH-Urteil die Rechte der ArbeitnehmerInnen aushöhle und den Weg für mehr „Flexicurity“ in Europa ebnet: Durch weniger Sicherheit am Arbeitsmarkt soll die Beschäftigungsquote in Europa erhöht und letztlich eine weitere Abwanderung von Firmen ins außereuropäische Ausland verhindert werden. Interessant ist, dass die Wirtschaftskammer

Österreich im Internet folgenden „Tipp“ gibt: Die ArbeitgeberInnen sollten „zumindest durch organisatorische Maßnahmen“ eine Weiterbeschäftigung der ArbeitnehmerInnen nach Fristablauf verhindern – oder den ArbeitnehmerInnen vor Ablauf der Befristung mitteilen, dass sie über den Endzeitpunkt hinaus nicht weiterbeschäftigt werden.

## Security ohne Flex

Gut möglich, dass sich Maria Konrad daher einen anderen Arbeitsplatz suchen wird. Das Ausbilden und den Arbeitsaufwand abdecken müssten dann die übrig gebliebenen Kolleginnen und Kollegen – und die PatientInnen. Die Gewerkschaften und der Europäische Gewerkschaftsbund werden sich wie schon bisher weiter dafür einsetzen, dass die vielgepriesene Flexicurity den ArbeitnehmerInnen mehr Sicherheit bringt. „Alle Vorteile den Firmen, alle Nachteile den Menschen, das nehmen wir nicht hin“, so Oliver Röpke, Leiter des ÖGB-Büros in Brüssel.

Heike Hausensteiner

Kambodscha: Gesundheit

# Mode, die krank macht

Hunderte ArbeiterInnen zusammengebrochen, die Ursachen sind noch ungeklärt.

**Massenohnmachten.** Im Sommer 2011 fielen in einer kambodschanischen Textilfabrik hunderte ArbeitnehmerInnen in Ohnmacht und erholten sich nur langsam wieder. Einer der Abnehmer des Unternehmens ist der schwedische Modekonzern H&M. Dieser will nun den Vorfällen mit Hilfe von Expertinnen und Experten auf den Grund gehen und sie aktiv aufklären.

## Made in Cambodia

Dass es um die Arbeitsbedingungen in kambodschanischen Textilfabriken nicht immer gut bestellt ist, zeigte bereits ein Fall im Juni, als bei einem Zulieferer des Sportartikelherstellers Puma mehrere Hundert ArbeiterInnen über Übelkeit und Benommenheit klagten. Jetzt hat es auch die H&M-Zulieferfirma erwischt. Mehr als 280 Beschäftigte, vor allem Frauen, sind zusammengebrochen und ins Krankenhaus gebracht worden. Die Ursache der Ohnmachten ist nicht geklärt, aber Arbeitsüberlastung aufgrund

langer Arbeitstage und hoher Produktionsvorgaben spielten sicher eine Rolle.

## Schlechte Bedingungen

Der gesundheitliche Zustand vieler Beschäftigter ist allgemein schlecht. Die ArbeiterInnen haben sehr oft mit zu vielen Überstunden und schlechter Belüftung zu kämpfen. „Viele ArbeiterInnen haben sich im Vorfeld über einen komischen Geruch beschwert“, sagen GewerkschaftsvertreterInnen. Viele ArbeitnehmerInnen zeigen nun auf, dass nicht nur die Arbeitsbedingungen grundsätzlich schlecht sind und täglich Menschen wegen Schlafmangel oder Hunger ohnmächtig werden, sondern auch die Löhne viel zu niedrig ausfallen. Monatslöhne von etwa 61 Dollar erlauben eine minimale, nicht aber eine gesunde Ernährung und Versorgung.

## Faire Arbeit

„Um die Armut in der Welt zu beenden, ist es unerlässlich, dass

wir neue Wege in der Finanzierung der Entwicklungshilfe gehen. Und es ist notwendig, dass Arbeitsplätze, auch für Frauen und Jugendliche, geschaffen werden, von denen die Menschen unter fairen Arbeitsbedingungen auch leben können“, sagte ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober 2011. Der Internationale Gewerkschaftsbund, dem auch der ÖGB angehört, fordert von

den Regierungen, menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt ihrer politischen Entscheidungen zu rücken. Die Konzerne machen weltweit gute Gewinne, das Leben des Großteils der Menschen wird dadurch aber nicht besser, im Gegenteil. Nur internationale Solidarität und die Achtung der Menschenrechte weltweit können dem ein Ende setzen. Im Internet kann man eine Petition an die heimische Bundesregierung unterzeichnen. [www.fairearbeit.at](http://www.fairearbeit.at)



© Wabshaus/Rob Stark

Genug ist genug:

## Aktionstag

Ein Fiskalpakt, der Europa auf lange Sicht Rezession und unsichere Arbeitsverhältnisse bescheren wird, wurde beschlossen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und seine Mitgliedsverbände in ganz Europa demonstrierten gegen die Sparpolitik der europäischen Führungen. Im Vorfeld des Europäischen Gipfels Anfang März organisierten sie unter dem Motto „Genug ist genug!“ einen Aktionstag. „Es gibt Alternativen zu diesem Europa ohne Solidarität, ohne Plan, ohne Hoffnung und ohne Aussichten. Beschäftigung, Ankerbelagerung der Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit müssen wieder ins Zentrum der Diskussionen rücken“, sagt Bernadette Ségol, Generalsekretärin des EGB.

Internet-UserInnen:

## Proteste

Die Widersprüche zwischen dem Urheberrecht und den Rechten der KonsumentInnen nehmen in der digitalen Welt immer stärker zu. Die AK kritisiert das sogenannte „Antipiraterie-Abkommen“ (ACTA) und fordert die Regierung auf, jetzt darüber zu debattieren und nicht abzuwarten. „Und zwar nicht nur mit der Verwertungsindustrie, sondern auch mit jenen, die die Interessen der Internet-UserInnen vertreten“, sagt Silvia Angelo, Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK. Das Abkommen ACTA ist nur ein Fall von mehreren, der zeigt, dass bisherige Diskussionen um Urheberrechte nicht den Bedürfnissen der Internetgesellschaft entsprechen.

Zusammenarbeit:

## IKEA

IKEA-ArbeitnehmerInnen und GewerkschaftsvertreterInnen aus 14 Ländern gründen in Istanbul unter dem Dach der UNI Global Union eine weltweit agierende IKEA-Sektion, an der sich auch die Gewerkschaft GPA-djp aktiv beteiligt. Es geht darum, alle ArbeitnehmerInnen, Betriebsrätinnen und -räte sowie die lokalen GewerkschafterInnen zusammenzubringen, um gemeinsam mit dem Management sicherzustellen, dass an allen IKEA-Standorten weltweit gute Arbeitsstandards herrschen.

**Richtiger Schritt**

Die Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse soll nun erleichtert werden.



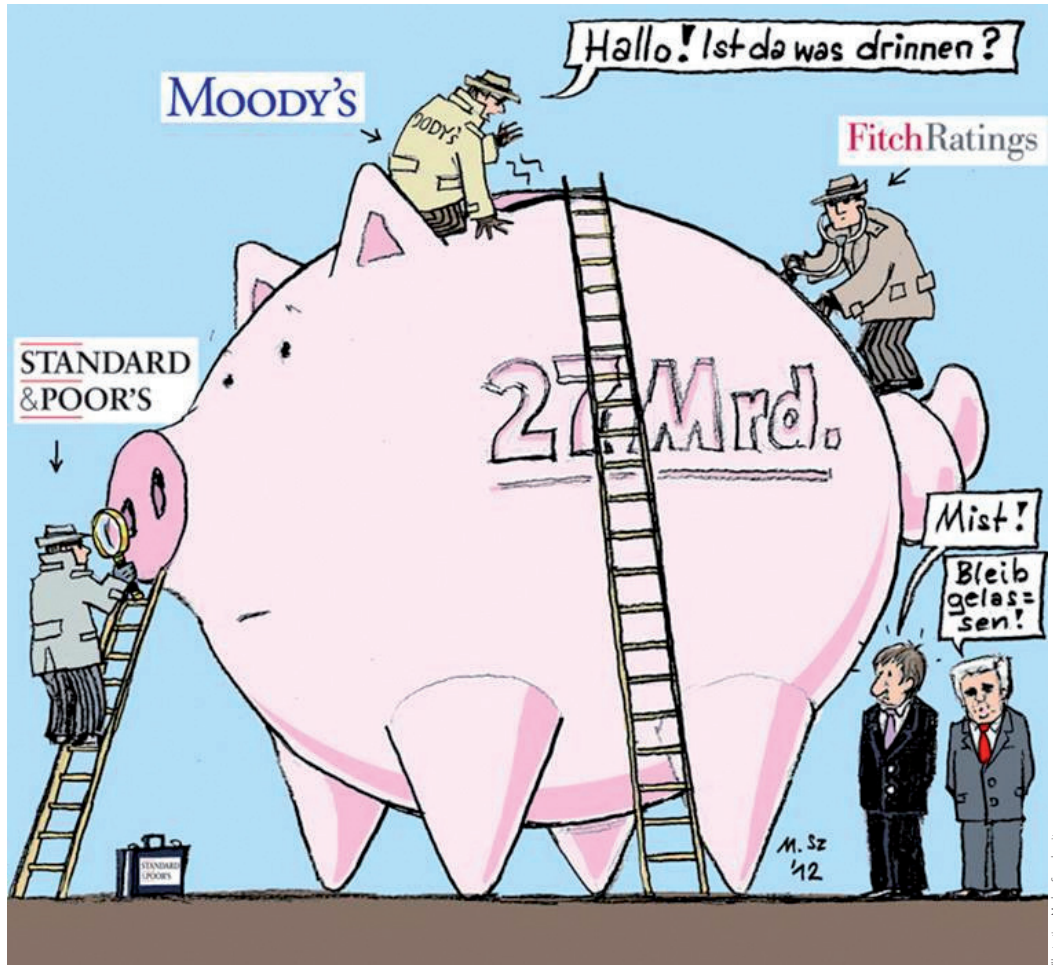
Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber nicht nur Zuwanderinnen und Zuwanderer mit akademischen Abschlüssen hatten bisher Probleme, die Anforderungen zu durchschauen, auch Fachkräfte aus Handwerk und Gewerbe. Für sie muss es ebenso rasche Anerkennungs- und Ergänzungsverfahren geben.

**Fern jeder Realität**

ÖVP-Seniorenbundobmann Andreas Khol drängt auf eine Angleichung des Frauenpensionsantrittsalters an jenes der Männer.



„Wir müssen ungerechtfertigte Frauenprivilegien abschaffen“, sagt er. Khol scheint offenbar fern jeder Realität, wenn er alle Nachteile, die Frauen in ihrem Erwerbsleben haben, einfach so vom Tisch wischt, unter anderem schlechtere Bezahlung, niedrigere Pensionen und nicht gewollte Teilzeitbeschäftigung.



**Gastkommentar:** Rudolf Kasko, Vorsitzender der Gewerkschaft vida

# Die Versicherung fürs Leben

Von guten öffentlichen Dienstleistungen profitieren alle. Diese Leistungen müssen uns auch etwas wert sein.

Jeder und jede von uns nimmt sie in Anspruch: die Leistungen der sogenannten „Daseinsvorsorge“. Das Wasser in Trinkqualität, das aus der Wasserleitung fließt; der Bus oder die Bahn, mit denen wir in die Arbeit fahren; die öffentlich finanzierte Schule für die Kinder. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Österreich hat ein gut ausgebautes System dieser Dienste, die für alle da sind. Aber es gibt Lücken, wie beim Angebot an Kinderbetreuung oder beim öffentlichen Verkehrsangebot im ländlichen Raum. Es bestehen Mängel im Bildungssystem, wo

und Betreuung für ältere Menschen muss dringend ausgebaut werden.

**Scheinargumente und Angriffe**

„Der Sozialstaat hat uns in die Krise geritten. Wir können uns das nicht mehr leisten“, hört man angesichts der Schuldenkrise von KritikerInnen des Sozialstaats. Dass der starke Anstieg der Schulden auf die Finanzkrise samt danach folgender Rettungspakete für die Banken und Unternehmen zurückgeht, verleugnen die GegnerInnen des Sozialstaats hartnäckig. Angriffe auf die Daseinsvorsorge gibt es auch von der EU-Kom-

mission. Kostengünstiger und effizienter müssten die Leistungen werden, und dazu sei privatwirtschaftlicher Wettbewerb nötig, heißt es. Mit einem Gesetzesvorschlag zielt die Kommission darauf ab, sogar die Wasserversorgung zumindest teilweise zu liberalisieren. Doch Dienste, die für alle flächendeckend da sein sollen, eignen sich nicht für den uneingeschränkten Wettbewerb. Selbst das „Totschlagargument“, dass mit einer Privatisierung alles billiger würde, erweist sich meist als Märchen. In Frankreich, wo viele Gemeinden die Wasserversorgung an private Betreiber ausgelagert haben, kommen die Privaten um 16 Prozent teurer als die Wasserversorgung durch die öffentliche Hand.

**Schlechtreden**

Eine weitere Strategie der GegnerInnen der Daseinsvorsorge: Die Beschäftigten, die in diesen Bereichen arbeiten, werden pauschal verunglimpft, seien es die EisenbahnerInnen, die Beamten, die LehrerInnen oder sonst eine Gruppe. Die öffentliche Wertschätzung wird so nach unten geschraubt. Denn wenn die Stimmung gegen die Beschäftigten ist, geht es leicht, Personalabbau oder eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchzuziehen – und letztlich die Leistungen für

die Bevölkerung zurückzuführen. Auch, dass das Einfrieren der Gehälter im öffentlichen Bereich für ArbeitgeberInnen aus der Privatwirtschaft „Vorbildwirkung“ haben könnte, bedenken viele BefürworterInnen dieser Maßnahmen erst, wenn ihre Branche mit dem „Einsparen“ beginnt.

**Das Angebot an Pflege und Betreuung für ältere Menschen muss ausgebaut werden.**



© Paul Sturm

Aus Solidarität, aber ebenso aus gesundem Eigeninteresse müssen wir für gute öffentliche Dienstleistungen eintreten. Das gilt im Übrigen nicht nur für die ArbeitnehmerInnen. Auch die Unternehmen sollten ein Eigeninteresse an einer guten Daseinsvorsorge haben. Schließlich profitiert die Wirtschaft von einem flächendeckenden Angebot an Kinderbetreuung, das die Eltern entlastet, genauso wie von einer gut ausgebildeten Be-

völkerung. In die Zukunft von uns allen investieren, den Sozialstaat „fairbessern“, lautet unser Ziel.

**Alle sollen Beitrag leisten**

Und wer soll das bezahlen? Alle, nach ihrer Leistungsfähigkeit. Vermögenssteuer sowie eine Erbschafts- und Schenkungssteuer, damit auch die Reichen einen entsprechenden Beitrag zahlen: Diese Forderungen des ÖGB und der Gewerkschaften bleiben weiter aufrecht.

**»Wir alle sind auf die Leistungen der Daseinsvorsorge angewiesen, vom Baby bis zu den Großeltern. Auch die Wirtschaft stünde ohne gute öffentliche Dienstleistungen arm da.«** Rudolf Kasko

die Trennung in Gymnasien und Neue Mittelschulen vielen Kindern die Aussicht auf bessere Karrierechancen stiehlt. Auch die erfreuliche Tatsache, dass wir länger leben, erfordert eine Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge. Das Angebot an Pflege

und Betreuung für ältere Menschen muss dringend ausgebaut werden. Die Beschäftigten, die in diesen Bereichen arbeiten, werden pauschal verunglimpft, seien es die EisenbahnerInnen, die Beamten, die LehrerInnen oder sonst eine Gruppe. Die öffentliche Wertschätzung wird so nach unten geschraubt. Denn wenn die Stimmung gegen die Beschäftigten ist, geht es leicht, Personalabbau oder eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchzuziehen – und letztlich die Leistungen für